

Der Fall Sheik Jarrah

Von Widu Wittekindt zum ZOOM-Jour Fixe am 18. Mai 2021

Gregor Gysi sagte 17.5. im Spiegel Online den folgenden Satz: „Netanjayhu hat veranlasst, ein palästinensisches Viertel in Jerusalem zwangszuräumen. Dabei wurde das Viertel 1956 von der Uno mit Absicherung Jordaniens den Palästinensern zur Verfügung gestellt. Netanyahu pocht darauf, dass damals nicht die Grundbücher geändert wurden.“

Das ist ungefähr das, was bei uns überall berichtet und geglaubt wird. Aber falscher als das geht gar nicht. Daher werde ich die Tatsachen, soweit ich sie recherchieren konnte, hier schildern. Insgesamt ist diese Aufgabe als etwas schwierig zu erachten, da beide Seiten „ihre“ sicherlich einseitig gefärbten Berichte veröffentlichen, aber ich habe versucht, mich nur auf die feststehenden Tatsachen zu konzentrieren.

Es geht um einen Rechtsstreit, mit dem die Regierung nichts zu tun hat.

Es geht um einen sehr alten Rechtsstreit um die Besitzrechte von Juden und jüdischen Körperschaften an Häusern und Grundstücken seit 140 Jahren. Die sich dort niedergelassenen Juden wurden 1948 im Unabhängigkeitskrieg von den Jordanern vertrieben. 1967 wurde das Gebiet wieder von den Jordanern zurückerobert.

Aktuell geht der Streit um die Evakuierung der arabischen Großfamilie Eskafi mit etwa 100 Mitgliedern in vier Häusern. Die Eskafis leben dort seit 1950, Das Gebiet liegt recht nah an der Jerusalemer Altstadt und nah an der früheren Grenze zu Israel.

Durch den Unabhängigkeitskrieg war das Gebiet verlassen. Durch Vermittlung und mit Zuschüssen der UN wurde mit Jordanien ein Ankommen geschlossen, dass das Land dort besiedelt werden darf. Die Eskafis kamen durch eine Lotterie in die Gunst, dort ein Haus zu erhalten. Sie selber waren Flüchtlinge aus einem Teil Westjerusalems.

Die Palästinenser sagen, dass gemäß den Bedingungen des Abkommens die Mieter in den ersten Jahren eine symbolische Gebühr zahlen würden, bevor sie Eigentümer der Immobilie werden könnten.

Im Gegenzug verzichteten sie auf ihr Recht, Leistungen vom UNRWA zu erhalten.

Die jordanische Regierung hat den Palästinensern jedoch nie formell das Eigentum an dem Land übertragen. Da auch heutzutage osmanisches Besitzrecht gilt, macht diese Nichtübertragung die Bewohner anfälliger für rechtliche Anfechtungen.

Wenn die Jordanier die Pächter zu Eigentümern gemacht hätten, hätte es für die Juden wenig Möglichkeit gegeben, ihr Eigentum zurückzufordern. Aber das taten sie nicht.

Nun zurück zur Geschichte: Das Land gehörte jedoch schon 1950, als den Eskafis dort einzogen, seit über 70 Jahren jüdischen Besitzern, zwei jüdischen Stiftungen einer sefardischen und einer aschkenasichen. Das lag auch daran, dass ganz in der Nähe ein jüdischer Wallfahrtsort (Grab des Shimon HaTzadik) lag. An dem Besitz gab es damals und gibt es auch heute keinen rechtlichen Zweifel, auch nicht von jordanischer Seite. Wie schon gesagt, vor etwa 140 Jahren hatten sich jemenitische Juden dort niedergelassen, die 1948

vertrieben wurden, als die Jordanier das Gebiet eroberten. Zu dieser Zeit lebten dort 40 jüdische Familien.

So ist also die Situation jetzt:

- 1967 eroberte Israel im Sechstagekrieg u.a. Ost-Jerusalem.
- Sechs Jahre später (1973) gaben israelische Gerichte das Grundstück an die beiden jüdischen Vereinigungen zurück, denen das Gelände vor dem Krieg gehörte. Die Stiftungen verkauften es 2003 an Nahalat Shimon International, einer Firma, die gegründet wurde, um jüdische Israelis in das Gebiet zu bringen.
- 1982 unterzeichneten die palästinensischen Bewohner eine Vereinbarung, als geschützte Mieter auf dem Grundstück bleiben zu dürfen, solange sie Miete an die jüdischen Eigentümer zahlten.
- Aber die Palästinenser sagen nun, dass sie getäuscht wurden und weigern sich, die Vereinbarung anzuerkennen.
- Miete wurde nie bezahlt.

Die Gerichtsentscheidung nach vielen Einsprüchen und jahrelanger juristischer Rechtswege ist eindeutig: entweder müssen die Palästinenser ihre Häuser verlassen oder aber sie dürfen als geschützte Pächter unter Zahlung von Pacht und Miete eine begrenzte Zeit bleiben.

Als ihnen am 2. Mai d.J. ein ähnlicher Kompromiss angeboten wurde, lehnten die palästinensischen Bewohner erneut ab und sagten, sie würden das Recht der jüdischen Israelis auf ihre Häuser nicht anerkennen.

Daher noch einmal: Die Pächter in Sheikh Jarrah haben heute keine Eigentumsrechte. Das liegt nicht darin, dass der Staat Israel den palästinensischen Arabern jegliche Rechte verweigert hat, die sie erworben haben, sondern vielmehr darin, dass die jordanische Regierung sich geweigert hat, den palästinensischen Arabern Eigentumsrechte an dem Land zu geben, das Jordanien beschlagnahmt hatte.

Im Übrigen und so nebenbei: es gibt weit mehr derartiger Fälle, allein 70 Familien könnten betroffen sein, deren Fälle seit mehreren Jahrzehnten durch die Behörden und Gerichte wandern. Bisher sind jedoch seit 2008 nur drei Familien abschließend davon betroffen gewesen. Hier baut sich also einiges an Konfliktpotential auf.

Diese Bemerkungen zu Gysis Aussage, dass jetzt ein „palästinensisches Viertel“ geräumt werden solle.

Und nun haben die Bewohner das oberste Gericht angerufen, um die Evakuierung zu verhindern. Dafür wurde ein Datum in der letzten Woche (10.5.) festgelegt, das aber wegen der aufgetretenen Unruhen um erstmal vier Wochen verschoben wurde.

Wer sind die Parteien, die verantwortlich sind für die sich steigenden Konflikte?

Einerseits sind es die Palästinenser, die nun eine „neue Nakba“ beweisen wollen, angeführt von den örtlichen Hamas-Funktionären und andererseits zwei kahanistische Gruppen, die sowieso auf ihrer Agenda die Vertreibung der Araber stehen haben. Es ist der rechtsextremistische Abgeordnete (Partei Ozma Jehudit, die Netanjahu für seine Koalition

braucht) Itamar Ben Gvir, der sogar zur Provokation sein Abgeordnetenbüro in ein Zelt gegenüber den betroffenen Häusern aufgebaut hat und es ist die mit ihm befreundete Lehava-Gruppe, angeführt von seinem Führer Ben-Zion Gopstein. Diese Gruppe hat das Ziel, jegliche Assimilation der Araber in die israelische Gesellschaft zu verhindern und geht dabei auch gewalttätig vor. Gopstein hat wegen ähnlich extremistischer Handlungen schon im israelischen Knast gesessen.

So stehen sich also die Hamas und die Kahanisten konfrontativ gegenüber.

Zum Fastenbrechen hatten nun die Palästinenser gegenüber von Ben Gvirs Zeltbüro auf der anderen Straßenseite Tische aufgebaut, an denen feierlich gegessen werden sollte. Das wirkte wie eine Provokation und es kam zu gegenseitigen Feindseligkeiten, die sich steigerten und die Wut anstachelte. Am Damaskustor – also nicht weit entfernt – wurde das Polizeiaufgebot verstärkt. Die Kontrollen nahmen massiv zu und die Betenden wurde nur selektiv auf den Tempelberg gelassen. Dort allerdings hatten radikale junge Palästinenser schon früher Steinhäufen in die Al Aqsa-Moschee gebracht, ebenso Feuerwerkskörper und Zwillen. Polizisten wurden angegriffen und es bestand die Gefahr, dass die an der Klagemauer Betenden von oben nicht nur vereinzelt, sondern massiv angegriffen wurden.

Diese Gemengelage des Ramadan mit den Massengebeten auf dem Tempelberg und der vermeintlichen neuen Nakba um Sheik Jarrah führten zu immer mehr Krawallen, diese wiederum zu verstärkten Polizeieinsätzen, dann zu weiterer Eskalation und schließlich und endlich zum Ultimatum der Hamas, wenn die Polizei nicht vom Tempelberg und aus der Altstadt abgezogen würde, werde die Hamas mit Raketen Jerusalem angreifen.

Was sie dann auch tat – massiver als je zuvor, und pünktlich wie im Ultimatum angekündigt.

Die Hamas will die gesamte Macht in den Palästinensergebieten und sieht auch eine große Chance, weil Abbas, der Präsident der PA, die angekündigte Wahl (nach nun 15 Jahre illegaler Amtszeit) aus Angst vor dem Sieg der Hamas auch im Westjordanland gecancelt hat. Emotional hat die Hamas die Schlacht gegen die PA und Fatah schon mit dem Ultimatum und dem Angriff gewonnen, denn nun ist sie der Hüter von Al Aqsa.

Ich möchte abschließen mit einem Zitat von Bassam Eid, einem palästinensischen Menschenrechtler und Journalisten, der am 12. Mai in der Tol einen Aufsatz mit dem Titel schrieb: „Das hat nichts mit Sheik Jarrah zu tun“. Er sagt abschließend in dem Aufsatz:

„In diesem Streit geht es eigentlich nicht um vier Häuser in Ost-Jerusalem. Es geht darum, dass die Hamas eine Chance sieht, die Berichterstattung an sich zu ziehen und ihren eigenen Einfluss und ihre Herrschaft über die Palästinenser in Jerusalem zu vergrößern. Glaubt ihnen nicht ihre Fake News und lasst nicht zu, dass sie ihre eigene Schuld abwälzen. In den kommenden Tagen werden wahrscheinlich sowohl Juden als auch Muslime sterben, weil die Hamas politische Vorteile in der Gewalt sieht. Vergessen Sie das nicht.“

